

# Verfassung und Verwaltungsorganisation

## Veränderungen in den Vertretungskörpern

Ihre Mandate als Mitglieder des Gemeinderates legten zurück: Richard *Stockinger* (SPÖ) mit 11. März wegen seiner Wahl zum Bezirksvorsteher, Amtsführender Stadtrat i. R. Maria *Jacobi* (SPÖ) mit 14. März und Stefan *Schemer* (SPÖ) mit 3. November im Hinblick auf seine Angelobung als Abgeordneter zum Nationalrat. An ihre Stellen wurden folgende Ersatzmänner in den Gemeinderat berufen und angelobt: Albert *Holub* (SPÖ) und Johann *Sevcik* (SPÖ) am 21. März, Rudolf *Huber* (SPÖ) am 21. November. Zu einem der Schriftführer wurde am 21. November Gemeinderat Anton *Deistler* (SPÖ) für Gemeinderat Stefan *Schemer* (SPÖ) gewählt.

In den Gemeinderatsausschüssen ergaben sich folgende Änderungen: Gemeinderatsausschuß I — Gemeinderat *Köchgl* (ÖVP) am 30. Mai für Gemeinderat Dr. *Habl* (ÖVP); Gemeinderatsausschuß V — Gemeinderat *Holub* (SPÖ) am 21. März für Gemeinderat *Stockinger* (SPÖ), Gemeinderat *Schultz* (SPÖ) am 21. November für Gemeinderat *Schemer* (SPÖ); Gemeinderatsausschuß VI — Gemeinderat Gertrude *Stiehl* (SPÖ) am 21. November für Gemeinderat *Schemer* (SPÖ); Gemeinderatsausschuß VIII — Gemeinderat *Huber* (SPÖ) am 21. November für Gemeinderat *Schultz* (SPÖ), Gemeinderat *Sevcik* (SPÖ) am 21. März für Gemeinderat *Stockinger* (SPÖ). In die Gemeinderätliche Personalkommission wurde am 23. Juni Gemeinderat *Ludwig* (SPÖ) für Gemeinderat *Hirsch* (SPÖ) gewählt.

Das Mitglied des Bundesrates Hochschulprofessor Dipl.-Ing. Dr. Josef *Frühwirth* (ÖVP) legte sein Mandat im Hinblick auf seine Berufung in den Nationalrat mit 16. Oktober, das Mitglied des Bundesrates Fritz *Prechtl* (SPÖ) legte sein Mandat ebenfalls wegen seiner Berufung in den Nationalrat mit Wirkung vom 17. Oktober zurück. Das Ersatzmitglied des Bundesrates Prof. Ludwig *Sackmayer* verzichtete mit 17. Oktober auf sein Mandat. Der Wiener Landtag wählte am 17. Oktober das bisherige Ersatzmitglied Ing. Karl *Dittrich* (ÖVP) zum Mitglied und Rudolf *Sommer* (ÖVP) zum Ersatzmitglied, am 21. November Dr. Anna *Demuth* (SPÖ) zum Mitglied und Johann *Schmölz* (SPÖ) zu ihrem Ersatzmitglied des Bundesrates. Am 2. Dezember starb das Mitglied des Bundesrates Franz *Walzer* (ÖVP). Der bisherige Ersatzmann Dkfm. Dr. Karl *Pisec* (ÖVP) wurde Mitglied des Bundesrates.

Der Gemeinderat trat zu 10 öffentlichen und 9 nichtöffentlichen Sitzungen, der Landtag zu 9 Sitzungen zusammen. Der Stadtsenat hielt 42, die Landesregierung 43, der Stadtsenat gemeinsam mit dem Finanzausschuß 4, der Unvereinbarkeitsausschuß 2 Sitzungen und das Immunitätskollegium 1 Sitzung ab. Der Gemeinderat behandelte in seinen Sitzungen 1.119 Geschäftsstücke, der Landtag 14, der Stadtsenat 3.582, die Landesregierung 593, der Stadtsenat gemeinsam mit dem Finanzausschuß 7, der Unvereinbarkeitsausschuß 3 und das Immunitätskollegium 1 Geschäftsstück.

Besonders hervorzuheben sind eine Feierstunde anlässlich der 30. Wiederkehr des Tages der Errichtung der demokratischen Stadtverwaltung am 13. April 1975, an welcher der Herr Bundespräsident, die Präsidenten des Nationalrates und Mitglieder der Bundesregierung teilnahmen, die Gedenkminute am 27. April 1975 zur Erinnerung an die Konstituierung der österreichischen Staatsregierung, die im Beisein des Herrn Bundespräsidenten, des Herrn Bundeskanzlers, der Präsidenten des Nationalrates und von Mitgliedern der Bundesregierung abgehalten wurde, sowie die Festsitzung des Wiener Landtages am 13. Dezember 1975 zur Erinnerung an die 30. Wiederkehr des Tages des Zusammentretens eines freigewählten Wiener Landtages nach dem Wiedererstehen der Republik Österreich, welcher der Herr Bundespräsident, der Herr Bundeskanzler, die Präsidenten des Nationalrates und die Vorsitzenden des Bundesrates beiwohnten.

## Magistratsdirektion

Der Gesamteinlauf im Büro der Magistratsdirektion einschließlich Amtsinspektion sowie Bürgermeisterakten betrug 30.241 Dienststücke.

Das Büro der Magistratsdirektion erstattete im Jahre 1975 83 Gutachten zu Gesetz- und Verordnungsentwürfen des Bundes sowie zu 28 Gesetz- und Verordnungsentwürfen anderer Bundes-

länder. Weiters wurden Vorarbeiten zu 11 Wiener Landesgesetzen, 20 Verordnungen der Landesregierung, 4 Verordnungen des Landeshauptmannes und 6 Kundmachungen geleistet.

Zur Regelung organisatorischer und rechtlicher Fragen wurden im Büro der Magistratsdirektion 59 Runderlässe herausgegeben.

Die Disziplinarcommission behandelte 21 Fälle; der Disziplinarberufungskommission lagen 3 Berufungen zur Entscheidung vor.

Anträge auf auszeichnungswise Verleihung von Berufstiteln und staatlichen Auszeichnungen langten 256 ein.

Von der Verpflichtung zur Wahrung des Amtsgeheimnisses wurden 432 städtische Bedienstete entbunden.

Im Aufsichtsjahr langten 11 Aufsichtsbeschwerden ein.

Der Prüfung für den rechtskundigen Dienst unterzogen sich 17 Beamte mit Erfolg.

Im Jahre 1975 wurden 7 Beflagungen der städtischen Amtshäuser und Objekte angeordnet.

Das Präsidialbüro hatte neben der Erledigung der umfangreichen allgemeinen Präsidialangelegenheiten und den zahlreichen administrativen Arbeiten auch die Bearbeitung von 7.467 protokollierten Schriftstücken durchzuführen.

Das Referat für Repräsentation und Ehrungen hatte im Berichtsjahr 440 gesellschaftliche Veranstaltungen vorzubereiten und durchzuführen. Dabei wurden insgesamt 59.055 Besucher gezählt, wovon 17.665 Gäste aus dem Ausland waren. Weiters waren 31 Feierstunden, Festakte, Angelobungs- und Verabschiedungsfeiern für städtische Bedienstete sowie 32 Eröffnungsfeiern vorbereitet und durchgeführt worden. Neben 872 kleineren Veranstaltungen war das Referat auch mit der Vorbereitung der Auslandsreisen des Herrn Bürgermeisters und von Delegationen der Stadt Wien wie auch mit der Vorbereitung des Besuches und der Betreuung ausländischer Delegationen in Wien in einem zeitlich nicht unerheblichen Ausmaß befaßt.

Im Wiener Rathaus konnten im Jahre 1975 folgende prominente Besucher begrüßt werden: Ministerpräsident des Großherzogtums Luxemburg Dr. Gaston *Thorn*, Premierminister der Arabischen Republik Lybien Major Abdul Salam Ahamaed *Jalloud*, Präsident der Arabischen Republik Ägypten Mohamed Anwar el *Sadat*, Ministerpräsident von Trinidad und Tobago Dr. Eric *Williams*, Staatspräsident der Vereinigten Arabischen Emirate Scheich Zayed Bin Sultan *Al Nahjan*, Gouverneur von Kairo Dr. Eng. Mahmoud Amin Abdel *Hafez*.

In der Volkshalle des Rathauses wurden im Jahre 1975 folgende Ausstellungen gezeigt: Vom 21. Februar bis 7. März „Bunte weite Welt“ (8.115 Besucher), vom 22. Mai bis 31. Oktober „Johann Strauß-Ausstellung“ (60.477 Besucher) und vom 3. Dezember bis 2. Jänner 1976 die Weihnachtsausstellung des Kulturamtes (rund 100.000 Besucher).

Anlässlich von Eröffnungen, Grundsteinlegungen, Inbetriebnahmen, Übergaben oder Benennungen waren in folgenden Fällen Feiern zu veranstalten: Inbetriebnahme des Gasturbinenkraftwerkes Leopoldau, Eröffnung der Haupt- und Sonderschule, 23, Steinerstraße 25 a, Eröffnung des Pensionistenheimes Penzing, Übergabe des Hauses, 14, Linzer Straße 466, an Bundesminister *Rösch* (für die Polizei), Eröffnung der Volks-, Haupt- und Sonderschule, 12, Adolf Loos-Gasse, Benennung der städtischen Wohnhausanlage „Max Opravil-Hof“, 12, Wienerbergstraße—Eibesbrunnnergasse, Eröffnung des Raiffeisenhauses Wien, Eröffnung der Johann Strauß-Ausstellung, Eröffnung der Wiener Festwochen 1975, Eröffnung der Ausstellung „Die Wiener Innenstadt“ aus der Werkstatt der Planer, Eröffnung der Ausstellung „Floridsdorf — Ideen, Bauten, Visionen“, Eröffnung der Volksschule, 19, Grinzinger Straße 84—88, Eröffnung des Pavillons C für entwicklungsgestörte Kinder im Krankenhaus Rosenhügel, Eröffnung der Ausstellung „Sowjetische Kosmonautik“, Eröffnung der Jahresausstellung der Modeschule der Stadt Wien, Eröffnung des Kindertagesheimes im Allgemeinen Krankenhaus, Grundsteinlegung für das Sozialmedizinische Zentrum Wien-Ost, 22, Langobardenstraße 122, Eröffnung der Sportanlage der Stadt Wien, 10, Heuberggstättenstraße, Eröffnung der Schlachthanlagen in St. Marx, Benennungen der städtischen Wohnhausanlagen „Johann Kaps-Hof“ und „Franz Kobliczka-Hof“, Eröffnung der Volks- und Hauptschulen, 10, Wendstattgasse 5, Eröffnung des generaladaptierten Pavillons XIII des Pflegeheimes Lainz, Eröffnung der Berufsschule für das Gastgewerbe, Eröffnung des Kindertagesheimes, 22, Pirquetgasse 8, Eröffnungen der Pensionistenheime Schmelz und Augarten, Inbetriebnahme des Blockkraftwerkes 2, 22, Steinspornweg, Eröffnung der Fußgängerzone Favoritenstraße, Eröffnung der Volksschule, 14, Karl Toldt-Weg 12, Eröffnung der Weihnachtsausstellung, Inbetriebnahme der umgebauten Wehranlage Wien-Nußdorf.

Im Jahre 1975 fanden folgende Überreichungen, Verleihungen und Ehrungen statt:

Überreichung der Bürgerurkunde an Amtsführenden Stadtrat a. D., Gemeinderat a. D. Maria *Jacobi*.

Den Ehrenring der Stadt Wien erhielten em. o. Hochschulprofessor Hans *Swarovsky*, Baurat h. c. Dr. Eduard *Schrack*.

Die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold erhielten Prälat Univ.-Prof. Dr. Franz *Loidl*, Obersenatsrat i. R. Prof. Dr. Albert *Mitringer*. Die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Silber erhielt Prof. Georg *Strnadt*.

Das Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien erhielten Präsident Doktor Franz *Mayer-Gunthof*, Präsident des Wiener Landtages Maria *Hlawka*, Bundesminister a. D. Grete *Rehor*, Bundesminister Dr. Hertha *Firnberg*, Vizekanzler Ing. Rudolf *Häuser*.

Das Große Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien erhielten Obersenatsrat Dipl.-Ing. Karl *Grimme*, Prof. Dr. Heinrich *Küpper*.

Das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien erhielten Hofrat Dipl.-Ing. Dr. Leopold *Peczar*, Hofrat Dr. Viktor *Fadrus*, Direktor Prof. Dr. Hermann *Juch*, Direktor Dkfm. Dr. Aurel *Zoepnek-Twardowski*, Univ.-Prof. Dr. Walter *Spiel*, Prof. Dr. Max *Schönherr*, Prim. i. R. Dr. Franziska *Stengel*, Obersenatsrat i. R. Dipl.-Ing. Friedrich *Grassinger*, öffentlicher Notar Univ.-Prof. Doktor Winfried *Kralik*, Senatsrat i. R. Dipl.-Ing. Friedrich *Kurzweil*, Prof. Dkfm. Dr. Alfred *Lehr*, Univ.-Prof. Dr. Eduard *Majer*, öffentlicher Notar Dr. Richard *Michalek*, w. Hofrat Dipl.-Ing. Wilfried *Sukenig*, Abg. z. NR. Otto *Skeritek*, Abg. z. NR. a. D. Hofrat Dr. Stella *Klein-Löw*, Hochschulpf. Ellen *Müller-Preis*, Generaldirektor i. R. Komm.-Rat Erich *Minkus*, Prof. Dr. Willi *Reich*, Generaldirektor i. R. Wolfgang *Härtel*, Gemeinderat Sektionsrat Dr. Erwin *Hirnschall*, Gemeinderat Amtsdirektor Josef *Hofmann*, Gemeinderat Ing. Walter *Hofstetter*, Gemeinderat Komm.-Rat Josef *Jedletzberger*, Gemeinderat Stadtrat Walter *Lehner*, Gemeinderat Dr. Walter *Macher*, Gemeinderat Franz *Peska*, Gemeinderat Dipl.-Volkwirt Karoline *Pluskal*, Gemeinderat Prof. Ludwig *Sackmayer*, Gemeinderat Walter *Seeböck*, Gemeinderat Maria *Szöllösi*, Gemeinderat Margarete *Tischler*, Gemeinderat Direktor Oberschulrat Leopold *Wiesinger*, Gemeinderat a. D. Alfred *Hasenkopf*, Gemeinderat a. D. Karl *Peter*, Bezirksvorsteher Maximilian *Eder*, Bezirksvorsteher Otmar *Emerling*, Bezirksvorsteher Walter *Kasperek*, Bezirksvorsteher Komm.-Rat Otto *Limanovsky*, Bezirksvorsteher Heinrich *Müller*, Bezirksvorsteher Eduard *Popp*, Bezirksvorsteher Josef *Srp*, Bezirksvorsteher Richard *Stockinger*, Bezirksvorsteher Josef *Veleta*, Bezirksvorsteher a. D. Franz *Weber*, Prof. Fritz *Drobilitsch-Walden*, Generaldirektor Komm.-Rat Walter *Fidgor*, Prof. Harry *Fuss*, Direktor Prof. Kurt *Blaukopf*, Geza von *Cziffra*, w. Hofrat Direktor Dr. Leopold *Geist*, Greta *Keller*, Prof. Otto *Koenig*, Prof. Dr. Georg *Kotek*, Elfie *Mayerhofer*.

Das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien erhielten Direktor Prof. Mag. Leopold *Swossil*, Oberstudienrat Prof. Dr. Franz *Grobauer*, Komm.-Rat Dipl.-Ing. Herbert *Hausmann*, Prok. Josef *Hennebichler*, Ing. Johann *Wilreker*, Komm.-Rat Ing. Franz *Dolezal*, Oberamtsrat August *Muchitsch*, Oberamtsrat i. R. Rudolf *Neumayer*, Komm.-Rat. Rudolf *Piatnik*, Oberamtsrat Viktor *Mastaller*, Oberamtsrat Gustav *Tintner*, Vizedirektor Prof. Dr. Otto *Fritz*, RegRat Prof. Walter *Hoesslin*, Oberamtsrat i. R. Paul *Hausner*, Direktor Hermann *Kucharik*, RegRat Rudolf *Tornar*, Komm.-Rat Hanz *Bunzel*, Bezirksvorsteher-Stellvertreter Dipl.-Ing. Josef *Gerstbach*, Bezirksvorsteher-Stellvertreter Dr. Erwin *Nowak*, Direktor Komm.-Rat Friedrich *Dörr*, Oberamtsrat i. R. Johann *Gegendorfer*, Oberamtsrat Otto *Klampfel*, Oberamtsrat i. R. Josef *Kläring*, Oberamtsrat i. R. Walter *Kulla*, Oberamtsrat i. R. Friedrich *Lehner*, Oberamtsrat Hans *Novak*, Oberamtsrat i. R. Heinrich *Schmidt*, Oberamtsrat Josef *Weber*.

Das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien erhielten Fritz *Curl*, Oberamtsrat Ing. Walter *Mönig*, Amtsrat i. R. Friedrich *Dinter*, Edwin *Guttmann*, Nikolaus *Luttenfeldner*, Norbert *Menschik*, Techn. Oberamtsrat Ing. Rudolf *Stenzel*, Oberamtsrat Wilhelm *Enzmann*, Amtsrat i. R. Gregor *Voak*, Franz *Ibaschitz-Kusmic*, Prof. Leopold *Mazarkarini*, Karl *Sprowaker*, Prok. i. R. Gertrude *Schueler*, Oberamtsrat i. R. Alfred *Kris*, Friedrich *Loser*, Paul *Riedmüller*, Lutz *Wodak*, Prof. Dr. Fritz *Habeck*, Wilhelm *Hufnagl*, Walter *Niesner*, Konzertmeister Hans *Grötzer*, Dir.-Rat i. R. Maria *Horinka*, Kammersänger Erich *Kuchar*, Prof. *Dia Luca*, Hans *Pirringer*, Hedi *Richter*, Kammersängerin Sonja *Mottl-Preger*, Ballettmeister Gerhard *Senft*, Kammersängerin Christiane *Sorell*, Prof. Alice Maria *Schlesinger*, Julius *Blazek*, Prof. DDr. Karl *Lang*, Prof. Dr. Hans *Sachs*, Dir. RegRat Prof. Adolf *Sedlak*, Komm.-Rat Erwin *Zauner*, Sr. Mag. Maria *Berchmanns-Mühlehner*, Prof. Ferdinand *Spany*, Franz *Breuer*, Eduard *Grassl*, Otto *Schindler*, Prof. Vinzenz *Hladky*, Kurt *Bergler*,

Prok. Kurt Höritsch, Prok. Otto Knab, Franz Daim, Ferdinand Hanzlik, Walter Müller, Leopold Novak, Anna Schön, Kurt Warthbichler, Josef Battisti, Josef Braunsdorfer, Johann Decker, Franz Folger, Thomas Heitz, Franz Loidolt, Leopold Nezhyba, Franz Opperl, Josef Rotter, Walter Schmidt, Fritz Sailer, Ernst Staudinger, Arnold Steiner, Oskar Steiner, Josef Wenger, Franz Wesely, Direktor Schulrat Edmund Bendl, Amtsrat Hedwig Güldner, Helene Jelinek, Amtsrat i. R. Therese Ruisz.

Das Silberne Verdienstzeichen des Landes Wien erhielten Hans Baumgartner, Ing. Franz Berger, Karl Richter, Walter Schmidt, Hans Schneider, Stefan Wanko, Ferdinand Slechta, Franz Paul, Hans Meyer, Herta Brim, Gertrude Jorde, Anna Luttenberger, Karl Zobil, Wilhelm Jelinek, Prof. Eduard Wilimek, Josef Bachmann, Johann Denk, Johann Härting, Franz Hirschler, Josef Leeb, Rudolf Wittmann, Rosina Wocasek, Kzl.OKoär. Margarete Schindler, Kzl.OKoär. Franz L. Wolf.

Die Josef Kainz-Medaille erhielten Gertraud Jesserer, Kammerschauspieler Prof. Paul Hoffmann, Hans Grätzer.

Die Förderungspreise zur Josef Kainz-Medaille erhielten Erhard Pauer, Heidi Picha, Peter Gruber.

Die Preise aus der Dr. Karl Renner-Stiftung für das Jahr 1974 erhielten Generalmusikdirektor Prof. Dr. Karl Böhm und die Navratil-Polzer-Forschungsgruppe.

Die Julius Tandler-Medaille erhielten in Gold Landesobmann Michael Glöckl, in Silber Grete Januska und Sr. Anna-Lena Peterson.

Die Förderungspreise der Stadt Wien 1974 erhielten Dr. Jutta Schutting, Helmut Zenker, a. o. Hochschulprof. Ivan Eröd, akad. Malerin Florentina Pakosta, akad. Maler Robert Lettner, Walter Maurer, Hochschul-Ass. Dr. Irmgard Bontinck, Univ.-Ass. Dr. Hubert Nagl, Dipl.-Ing. Dr. Peter Riederer.

An 51 Personen wurden Ehrenzeichen der Republik Österreich überreicht.

Ferner fanden Dekretüberreichungen aus Anlaß der Verleihung des Berufstitels Hofrat an 4 Personen, 6 Angelobungsfeiern und 2 Verabschiedungen sowie eine Feier anlässlich 40- und 50jähriger Dienstjubiläen für städtische Bedienstete statt; weiters die Übergabe von Feldzeichen des Bundesheeres, die Überreichung der Ehrenpreise der WIG 74 sowie der Kinder- und Jugendbuchpreise 1975.

Im Jahre 1975 wurden 3 Steinerne, 21 Eiserne, 68 Diamantene und 1.429 Goldene, somit insgesamt 1.521 Hochzeitsjubelpaare geehrt und ihnen die Diplome im Rahmen von Festakten nach den vorher überbrachten Anerkennungsgebern überreicht. Desgleichen wurde an 1.119 neunzigjährige und 33 hundert- und mehrjährige, somit an 1.152 Wiener Geburtstagsjubilare, die Anerkennungsgebe der Stadtverwaltung überbracht.

Der Dolmetsch- und Übersetzungsdienst war im Jahre 1975 bei verschiedenen Veranstaltungen und bei der Betreuung ausländischer Besucher tätig. Außerdem sorgte er für die Übersetzung von 1.244 Dienststücken aus beziehungsweise in 22 Sprachen.

Die Amtsinspektion hat zur Festlegung des Dienstpostenplanes für den Voranschlag 1976 im Herbst 1975 mit den Leitern der Magistratsabteilungen Besprechungen geführt. Hierbei konnten die von den Dienststellen angemeldeten Personalwünsche in der Höhe von 1.368 zusätzlichen Dienstposten reduziert werden. Das Ergebnis der Besprechungen war eine Vermehrung um 898 Dienstposten. Der größte Anteil an der Dienstpostenvermehrung fällt auf die Ausweitung des Krankenpflegebetriebes durch Intensivierung der Pflege und durch Eröffnung neuer Abteilungen (692 Dienstposten). Wesentliche Vermehrungen von Dienstposten ergaben sich auch durch die Übernahme von Schlachthofgehilfen im Bereich der Magistratsabteilung für den Markt- und Schlachtbetrieb St. Marx und infolge des ständig steigenden Müllanfalles bei der Magistratsabteilung für Stadtreinigung und Fuhrpark. Schließlich mußte auch der Verbesserung der Dienstleistungen der Stadt Wien auf sozialem Gebiet und auf dem Gebiete der Wohnungsverbesserung durch zusätzliche Dienstposten Rechnung getragen werden. Durch Änderungen organisatorischer Art wurden in verschiedenen Magistratsabteilungen 44 Dienstposten gestrichen. Außer der Festlegung von Dienstposten in Einzelfällen wurde mit der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten in einer Reihe von Besprechungen auch über Gruppenforderungen verhandelt. So wurden die bereits im Vorjahr begonnenen Verhandlungen über die Bewertung von Dienstposten im Kanzlei- und im technischen Bereich mit Dienstklasse C/IV und C/V und über die Beförderung von Bediensteten in diese Dienstklassen abgeschlossen. Im Bereiche des Jugendamtes wurde nach einer strukturellen Änderung (Installierung von Funktionsfürsorgern) eine Regelung hinsichtlich der Beförderung von Fachbeamten des Fürsorgedienstes in die Dienstklasse VI getroffen. Weiters wurde für Fachbeamte des Verwaltungsdienstes und des technischen Dienstes die Aufwertung einer Reihe von Dienstposten nach Dienstklasse B/VI und B/VII verfügt. Darüber hinaus wurde während des Jahres eine Vielzahl von Revisionen durchgeführt, um die Berechtigung von Anträgen auf Vermehrung oder Neubewertung von Dienstposten an Ort und Stelle zu prüfen. Einige Dienststellen (zum Beispiel die Magistratsabteilung 22 — Umweltschutz und die Magistratsabteilung 69 — Grundstücksangelegenheiten) wurden Gesamtrevisionen unterzogen, wobei

der Rationalisierung der verschiedenen Arbeitsabläufe besonderes Augenmerk zugewendet wurde. In vielen Fällen mußten Teilbereiche überprüft werden, um die Tätigkeiten einzelner Dienststellen aufeinander abzustimmen.

Auf dem Gebiete der Zuerkennung von Nebengebühren waren zu Jahresbeginn auf Grund der Kassensätze des Vorjahres die Kassierzulagen jener rund 140 Bediensteten festzusetzen, die im Parteienverkehr ständig mit der Annahme und Leistung von Barzahlungen größeren Umfangs betraut sind. Weiters hatte die Amtsinnspektion im Jahre 1975 über etwa 1.300 Anträge auf Zuerkennung von Personal-, Bau-, Sonder- und Außendienstzulagen, Stenographengebühren und Mehrdienstleistungsvergütungen zu entscheiden. Für Bedienstete, die ihr eigenes Kraftfahrzeug bei der Ausübung des Dienstes verwenden, wurden Entschädigungen gemäß § 10 Abs. 2 der Reisegebührenvorschrift der Stadt Wien festgesetzt und bereits zuerkannte derartige Entschädigungen hinsichtlich der weiteren Berechtigung und des Ausmaßes geprüft.

Die monatlichen Meldungen der Bezirksämter über Aktenanfall und Arbeitsrückstand waren auszuwerten und bei der Zuteilung des Personals entsprechend zu berücksichtigen.

Im Berichtsjahr wurden 8 Leiterposten nach vorangegangener Postenausschreibung und Beurteilung der Bewerber durch die Begutachtungskommission besetzt (Leiter des Büros der Magistratsdirektion, Direktor und Vizedirektor der Wiener Stadtwerke — Verkehrsbetriebe, Direktor der Städtischen Bestattung, Leiter der Finanz- und Wirtschaftssektion in der Generaldirektion der Wiener Stadtwerke sowie die Leiter der Magistratsabteilungen 40 — Technische Grundangelegenheiten, 42 — Stadtgartenamt und 58 — Rechtliche Angelegenheiten des Ernährungswesens, der Landeskultur und des Wasser- und Schifffahrtswesens), wobei das Ausschreibungsverfahren und die Bürogeschäfte der Begutachtungskommission durch die Amtsinnspektion geführt wurden.

Das Jahr 1975 war durch einen Ausbau und eine Vermehrung der Veranstaltungen der Verwaltungskademie gekennzeichnet. Dies zeigt sich schon darin, daß an den Veranstaltungen insgesamt mehr als 3.200 städtische Bedienstete teilgenommen haben. Die verhältnismäßig größte Zunahme hatten dabei jene Kurse, Vorträge und Seminare aufzuweisen, die speziell für bestimmte Beamtengruppen abgehalten wurden. Dazu gehören etwa folgende Veranstaltungen: Seminare für Vortragende zu Dienstprüfungskursen, Seminare für Bedienstete des Jugendamtes (Managementseminare, Erläuterung neuer Rechtsvorschriften usw. für Amtsvormünder, Leiter von Heimen und Kindergärtnerinnen), Seminare über Verwaltungsstrafverfahren und Schlichtungsverfahren für die rechtskundigen Beamten in den magistratischen Bezirksämtern, Fortbildungsseminare für die Mitarbeiter in den Ehe- und Familienberatungsstellen, Diktantenseminare zur zweckmäßigen Handhabung des Diktiergerätes, Einführungskurse zum Lebensmittelgesetz 1975 für Bedienstete der Magistratsabteilung 55 — Markt- und Schlachtbetrieb St. Marx, 59 — Marktamt und 60 — Veterinäramt sowie der magistratischen Bezirksämter, Seminare für die Einschulungsreferenten, Seminare zur Schulung städtischer Bediensteter für den Parteienverkehr, Seminare zur Schulung der Brandschutzbeauftragten in den städtischen Krankenanstalten und Pflegeheimen, Seminare für die Sicherheitsvertrauenspersonen, die nach dem Arbeitnehmerschutzgesetz in den Magistratsabteilungen 17 — Anstaltnamt, 44 — Bäder, 45 — Wäschereien und 50 — Allgemeine und rechtliche Angelegenheiten des Wohnungswesens bestellt wurden, sowie je ein Seminar über Verwaltungsführung in den Krankenanstalten, über Bürotechnik und über die Abhaltung von Führungen bei den Rundfahrten „Modernes Wien“. Des weiteren wurden Fortbildungskurse für Fachbeamte des Verwaltungsdienstes in den Magistratsabteilungen 6 — Rechnungsamt und 17 — Anstaltnamt sowie für Fachbeamte des technischen Dienstes mitgestaltet und für diese Kurse auch Skripten aufgelegt.

Daneben erfreuten sich aber auch die für städtische Bedienstete allgemein zugänglichen Veranstaltungen eines regen Zuspruches. Hier wurden die bereits bewährten Zyklen über Bauwesen und Umweltschutz weitergeführt und durch einen Zyklus zum Thema Wirtschaft ergänzt. Desgleichen wurden wieder Einführungskurse in die automatische Datenverarbeitung in das Programm aufgenommen und die Stenographiekurse fortgeführt. Neben zahlreichen Exkursionen wurden selbstverständlich auch Einzelvorträge über aktuelle Themen veranstaltet. So wurden etwa die Diskussionsveranstaltungen über Erfahrungen mit der Gewerbeordnung 1973 fortgesetzt, in mehreren Vorträgen das neue Strafgesetzbuch behandelt, wobei leitende Beamte des Bundesministeriums für Justiz als Vortragende wirkten, und das Recht der Handelsgesellschaften ausführlich erläutert. Durch die Entsendung einzelner städtischer Bediensteter zu Seminaren anderer Bildungseinrichtungen wurde versucht, einen vertieften Überblick über das bestehende Bildungsangebot zu erzielen und wertvolle Kontakte zu Einrichtungen mit ähnlicher Zielsetzung anzubahnen.

Zur Vereinheitlichung des Anmeldevorganges und zur besseren Vormerkung der Kursteilnahme wurde eine Drucksorte für die Anmeldung zu den Veranstaltungen der Verwaltungskademie entwickelt und aufgelegt.

Im Rahmen der im Jahre 1973 begonnenen Reform des Ausbildungs- und Prüfungswesens wurde wieder eine Reihe von neuen Skripten aufgelegt.

Weiters wurden in allen Vorbereitungskursen für die diversen Dienstprüfungen soziologische Einführungsseminare eingebaut, die vom Institut für Soziologie unter Leitung von o. Prof. Dr. Krentz gehalten werden.

Im Jahre 1975 hat die Amtsinsektion einen Vorbereitungskurs zur Prüfung für den rechtskundigen Dienst unmittelbar betreut und auch für die Prüfung von zehn rechtskundigen Bediensteten die erforderlichen organisatorischen Vorbereitungen getroffen.

Der Unterricht in Fremdsprachen wurde fortgeführt. Neben den laufenden Englischkursen für städtische Bedienstete der Verwendungsgruppe A, welche zur Erfüllung ihrer dienstlichen Obliegenheiten Englischkenntnisse benötigen, wurde auch für die in den Wiener Krankenanstalten beschäftigten ausländischen Krankenschwestern eine große Zahl von Deutschkursen abgehalten.

Im Jahre 1975 wurden 18.381 Inlandsdienstreisen und 471 Dienstreisen in das Ausland genehmigt. Der größte Teil der Dienstreisen im Inland waren solche, die sich aus den den Dienststellen zukommenden Dienstverrichtungen außerhalb Wiens ergeben, wie zum Beispiel die Inspektionen der Forstverwaltungen und der Wälder durch Bedienstete des Land- und Forstwirtschaftsbetriebes, Überwachung von baulichen Maßnahmen an außerhalb Wiens gelegenen Objekten des Anstaltenamts und des Jugendamts und sonstiger Bauführungen (Einlaufbauwerk Langenzersdorf). Ein großer Teil der Auslandsdienstreisen diente naturgemäß dem Sammeln von Erfahrungen vor allem auf technischem Gebiete. Im Februar 1975 unternahm der Magistratsdirektor mit einer Gruppe von leitenden Beamten eine Dienstreise nach Berlin zum Studium der Erfahrungen Berlins auf dem Gebiet der Stadterneuerung. Eine aus Funktionären und Beamten bestehende Delegation führte im Mai eine Studienreise über Architektur und Städtebau in Brasilien durch.

Nach längerer Vorbereitung wurde im Jahre 1975 auch die Arbeit an der neuen Kanzleiordnung für den Magistrat der Stadt Wien abgeschlossen und damit die Grundlage für eine Vereinheitlichung und Rationalisierung der Kanzleigeschäfte geschaffen. Durch die Drucklegung einer Vielzahl von Exemplaren wurde gewährleistet, daß die neue Kanzleiordnung unter den Kanzleibediensteten die entsprechende Verbreitung fand und jedem mit einschlägigen Arbeiten befaßten Bediensteten zur Verfügung steht. Darüber hinaus wurden die Bestimmungen der neuen Kanzleiordnung den städtischen Bediensteten durch Einführungsvorträge nahegebracht.

Die von den Dienststellen vorgenommenen Bestellungen von Amtsliteratur (Bücher, Zeitschriften) und Stampiglien waren zu prüfen und erforderlichenfalls zu koordinieren. Auf dem Gebiet der Vordrucke wurde bei allen Druck- und Vervielfältigungsaufträgen eine Prüfung der sprachlichen und formellen Richtigkeit des herzustellenden Vordruckes sowie gegebenenfalls auch der Wirtschaftlichkeit und Notwendigkeit der beantragten Auflagenhöhe vorgenommen. Weiters wurde im Rahmen des Drucksortenkomitees an der Gestaltung allgemeiner Drucksorten mitgewirkt. Hierbei ist erstmals eine Reihe von Vordrucken schreibmaschinengerecht erstellt worden; dies bedeutet, daß der vorgedruckte Leittext so angeordnet ist, daß jene Stellen des Vordruckes, an denen die maschinschriftlichen Eintragungen zu beginnen haben, allein mittels des Zeilenschalthebels beziehungsweise des Tabulators der Schreibmaschine angesteuert werden können. Es ist beabsichtigt, nach und nach alle Vordrucke auf diese arbeit- und zeitsparende Weise zu gestalten und damit einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Rationalisierung der Schreibarbeit zu leisten.

Auf dem Sektor der Arbeits- und Bürotechnik wurden die Anträge der Dienststellen auf Anschaffung und Zuteilung von Büromaschinen verschiedenster Art sowie auf Errichtung von fernmeldetechnischen Einrichtungen auf Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit geprüft. Die schon in nahezu allen Amtshäusern und Bezirksämtern erfolgte Aufstellung von Kopiergeräten wurde mit der Absicht der Prüfung des mit einem Großunternehmen bestehenden Vertragsverhältnisses im Zusammenwirken mit dem Beschaffungsamt einer Ausschreibung unterzogen; das Ergebnis dieser Ausschreibung liegt bereits vor; es läßt künftig günstigere Vertragsbedingungen und geringere Kopierkosten erwarten.

Einem Abschluß konnte auch die Neuregelung des Verfahrens zur Vollstreckung von Bauaufträgen zugeführt werden, wobei durch organisatorische Verbesserungen das Verfahren wesentlich beschleunigt werden konnte.

Nach eingehenden Beratungen, die sich über längere Zeit hingezogen haben und an denen sämtliche betroffenen Dienststellen beteiligt waren, konnten im vergangenen Jahr zwei wichtige Bereiche des städtischen Liegenschaftswesens einer erlaßmäßigen Regelung zugeführt werden.

An erster Stelle ist hier die Dienstanweisung für die Durchführung der städtischen Grundtransaktionen zu nennen. Mit dieser umfangreichen Dienstanweisung wurde, erst-

mals in umfassender Form, die schwierige Materie der Grundtransaktionen geregelt. Den damit beschäftigten Bediensteten sind nunmehr genaue Richtlinien an die Hand gegeben, nach denen sich in Hinkunft ihre Vorgangsweise im Einzelfall zu richten hat.

Gegliedert in die Abschnitte Grundtransaktionen mit und ohne Verfassen von Teilungsplänen, Enteignungen, Herstellung der Grundbuchsordnung und Änderung des Flächenwidmungs- und Bauungsplans werden in dieser Dienstanweisung der mögliche Verlauf von Grundtransaktionen und die damit im Zusammenhang stehenden Ereignisse geregelt. Abgesehen von den darin getroffenen Verwaltungsvereinfachungen (Lustrenblätter, Datenblätter, Vorschriften für den Aktenlauf und die Durchführung von Verhandlungen) wird das darin entwickelte Schema im Einzelfall auch dazu verhelfen, die Koordinierung der städtischen Dienststellen zu verbessern, die Bewertung von Liegenschaften möglichst objektiv vorzunehmen und den vertragschließenden und grundverwaltenden Dienststellen die notwendigen Informationen über Liegenschaften zu liefern.

Der zweite Erlaß auf dem Sektor des Liegenschaftswesens betraf die Aufgaben und die Arbeitsweise der bei der Magistratsabteilung 40 — Technische Grundangelegenheiten eingerichteten zentralen Liegenschaftsevidenz. Mit diesem Erlaß soll erreicht werden, daß über die fachbezogene Liegenschaftsverwaltung hinaus an zentraler Stelle sämtliche wesentlichen Grundstücksdaten gesammelt werden und jederzeit ein Überblick über den aktuellen Stand des städtischen Grundbesitzes möglich ist. Damit wurde ein wesentlicher Schritt in Richtung auf die Überwindung der bis dahin vorhandenen Zersplitterung bei der Aufzeichnung von Daten über städtische Grundstücke gesetzt. Der Erfolg der Maßnahmen wird allerdings — da ja notwendigerweise hierfür eine erhebliche Anlaufzeit erforderlich ist — erst in einiger Zeit in vollem Umfange abzusehen sein.

Da eine möglichst weitgehende Konzentration des gesamten Beschaffungswesens bei einer Dienststelle, der Magistratsabteilung 54 — Beschaffungamt, aus wirtschafts- und finanzpolitischen Gründen geboten ist, wurde begonnen, die bestehenden Vorschriften über den Wareneinkauf einer Prüfung zu unterziehen. Zu diesem Zwecke wurden im Berichtsjahr mit allen in Betracht kommenden Dienststellen Verhandlungen aufgenommen, um den Umfang der den einzelnen Dienststellen verbleibenden Befugnisse zum selbständigen Wareneinkauf nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit in einem Katalog der Spezialerfordernisse neu festzulegen.

Durch das am 1. Jänner 1975 in Kraft getretene Zivildienstgesetz wurde Personen, die aus Gewissensgründen den militärischen Dienst ablehnen, die Möglichkeit geboten, an dessen Stelle einen zivilen Ersatzdienst außerhalb des Bundesheeres zu leisten. Dieser Wehrersatzdienst kann bei bestehenden privat- und öffentlich-rechtlichen Institutionen und Dienststellen geleistet werden, die auf besonders gemeinnützigen Gebieten tätig sind. Für die Ableistung des Zivildienstes bei Einrichtungen der Stadt Wien hatte die Amtsinspektion die erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen. Abgesehen von der Festlegung der für die Verwendung von Zivildienstleistenden in Frage kommenden Dienststellen waren die verrechnungstechnischen Modalitäten, die sich aus der Auszahlung der Vergütung und Auszahlung der Entschädigungen an die Zivildienstleistenden ergeben, sowie die organisatorische Abwicklung der durchzuführenden Verfahren abzuklären. Weiters waren eine Reihe von Dienstvorschriften über die Vollziehung des Zivildienstgesetzes zu erlassen. In folgenden städtischen Dienststellen wurden etwa 600 Arbeitsplätze für Zivildienstpflichtige geschaffen: MA 15 — Gesundheitsamt: Hilfsdienst im Falle des Auftretens von Epidemien, MA 17 — Anstaltenamt: Hilfsdienst in den Krankenanstalten und Pflegeheimen, MA 42 — Stadtgartenamt: Gärtnerischer Hilfsdienst, MA 48 — Stadtreinigung und Fuhrpark: Straßenreinigungsdienst und Garagen- und Werkstattendienst, Wiener Verkehrsbetriebe: Hilfsdienst bei Gleisbauarbeiten und bei Arbeiten in den Garagen und Werkstätten.

Im Jahre 1975 haben 77 Zivildienstpflichtige in städtischen Dienststellen Dienst versehen.

Um der Überfüllung der Sicherstellungsdepots einigermaßen abzuwehren, wurden Kontakte mit den Sicherstellungsreferenten in den magistratischen Bezirksämtern aufgenommen, die Aktenführung einer Überprüfung unterzogen und aufgetretene Schwierigkeiten beseitigt.

In der Absicht, möglichst vielen Bediensteten des Magistrats die Gelegenheit zur Einnahme eines verbilligten, kochfrischen Mittagessens zu bieten, wurde mit der WÖK ein Übereinkommen getroffen, auf Grund dessen Gemeindebedienstete seit 15. September 1975 in den Speisehäusern der WÖK im Wochenabonnement täglich ein verbilligtes Mittagessen beziehen können. Damit konnte einem langjährigen Wunsch der Bediensteten entsprochen werden. Zur Zeit besteht die Möglichkeit zum Bezug des verbilligten Mittagessens für jene Bedienstete, die in der Nähe eines Speisehauses der WÖK Dienst verrichten; in absehbarer Zeit soll jedoch auch den anderen Bediensteten durch den Abschluß ähnlicher Vereinbarungen mit gastgewerblichen Betrieben oder durch Anlieferung des Essens zur Dienststelle ein Mittagstisch zu ermäßigtem Preis angeboten werden.

Der Amtsinspektion obliegt nach den Bestimmungen der Geschäftseinteilung die Vergebung von Amtsräumen. Diese Aufgabe ist im Rahmen der laufenden Bestrebungen zur Verwaltungsreform als die Schaffung der räumlichen Voraussetzungen für die Verbesserung der Struktur und Organisation der Verwaltung zu verstehen. Im Bereiche des neu zu errichtenden Amtshauses „Forum“, 1, Stadiongasse, konnte im Berichtsjahr die Grundsatzplanung abgeschlossen werden, so daß einem Baubeginn im Frühjahr 1976 nichts mehr im Wege steht. Gleichzeitig wird die Detailplanung weiter fortgeführt, so daß der Baufortschritt in keiner Weise behindert werden wird.

Die Errichtung eines Zubaus zum Amtshaus, 13, Hietzinger Kai, konnte im vergangenen Jahr zügig vorangetrieben werden. Im Zubau sollen Büroräume nach modernsten Gesichtspunkten eingerichtet und gleichzeitig eine Konzentration von Verwaltungsdienststellen und Behörden erreicht werden. Durch die Einplanung von Mehrzweckräumen sollen für die rasche Abfertigung der Parteien auch bei großem Andrang (Volkszählung, Wahlen und dergleichen) die Voraussetzungen geschaffen werden. Eine im Zubau befindliche Tiefgarage wird zur Entlastung des ruhenden Verkehrs einen wesentlichen Beitrag leisten.

Nicht nur durch die Errichtung neuer Amtsgebäude, sondern auch durch die Beschaffung von Räumen durch Miete oder Kauf kann eine Verbesserung der Situation auf dem Büroraumsektor erreicht werden. Zu diesem Zweck ist die ständige Beobachtung der Angebotsentwicklung bei Büro- und Lagerräumen erforderlich. Dadurch war es zum Beispiel 1975 möglich, in unmittelbarer Nähe des Rathauses günstig gelegene Räume für die Unterbringung von wertvollen Beständen des Wiener Stadt- und Landesarchivs zu mieten.

Ein Schwergewicht im Bereich der Amtsräumlenkung lag ferner bei den Bemühungen, vorhandene Amtsräume durch bauliche Maßnahmen den organisatorischen Veränderungen anzupassen und so die Voraussetzung für einen rationellen Amtsbetrieb zu schaffen. Um die Renovierungsarbeiten insbesondere im Rathausbereich durchführen zu können, war es notwendig, geeignete Ausweichräume in günstiger Lage einzurichten. Ein in 8, Lerchengasse 19, gelegenes ehemaliges Schulgebäude konnte mit geringen Kosten so adaptiert werden, daß nunmehr rund 1.100 m<sup>2</sup> Büroneutzfläche für diese Zwecke zur Verfügung stehen. Durch die Einrichtung dieser Ausweichmöglichkeit war es im Berichtsjahr möglich, im Rathaus und im Amtshaus, 8, Friedrich Schmidt-Platz 5, mit dringenden Renovierungsarbeiten zu beginnen. Während im 2. Stock des Rathauses eine neue, den Anforderungen der dort untergebrachten Dienststelle entsprechende Raumeinteilung geschaffen, im Bereiche des Halbstockes die 3. Etappe der Sanierung der Räume des Personalamtes beendet und mit der Renovierung des Bereichs Personalamt — Aufnahmedienst begonnen wurde, wurden im Amtshaus, 8, Friedrich Schmidt-Platz 5, kulturhistorisch wertvolle Räume revitalisiert, die nach ihrer Fertigstellung der mit dem Schutz des Stadtbildes befaßten Dienststelle des Kulturamts dienen werden.

Die Renovierungsarbeiten im Erdgeschoß des Rathauses im Bereiche der Magistratsabteilung für Bevölkerungswesen konnten im Berichtsjahr abgeschlossen werden. Die Räumlichkeiten wurden so umgestaltet, daß die Parteien rasch abgefertigt werden können. Im Hinblick auf die Hochwasserkatastrophe 1975 wurde die Einrichtung einer Katastropheneinsatzzentrale im Rathaus beschleunigt in Angriff genommen.

Bei der im Jahre 1975 begonnenen Instandsetzung der Amtsräume der Magistratsabteilung für Wahlen und verschiedene Rechtsangelegenheiten in 1, Rathausstraße 9, wurde auf die Erfordernisse der Einführung der EDV in diesem Bereich besonders Bedacht genommen. Im Neuen Amtshaus wurden der Einbau der Zentralheizung und die Neugestaltung der Sanitärräume vorgenommen.

Die Generalsanierung der Amtshäuser in 15, Gassgasse, und 16, Richard Wagner-Platz, konnte im Berichtsjahr weitergeführt werden.

Bei diesen Arbeiten wurde unter anderem auf die modernen Erkenntnisse der Behindertenfürsorge durch die Schaffung eines eigenen Behindertenzuganges im Amtshaus Ottakring geachtet. Abgeschlossen wurde die Generalsanierung im Amtshaus, 20, Brigittaplatz. Nicht nur der Umgestaltung von Büroräumen wurde im Berichtsjahr ein besonderes Augenmerk zugewandt, auch für die Erhaltung des Stadtbildes durch die Instandsetzung der Fassaden der um die Jahrhundertwende errichteten Amtshäuser, 8, Schlesingerplatz, und 21, Am Spitz, wurden bedeutende Mittel aufgewendet.

Neben der Intensivierung der Bestrebungen zur Modernisierung der Amtshäuser sollen in Hinkunft auch generelle Richtlinien für die Ausstattung der Büros ausgearbeitet werden, um dadurch die Arbeit der mit der Baudurchführung befaßten Dienststellen des Magistrats zu erleichtern. Ein generelles Amtsräumkonzept soll — in Anpassung an die mittelfristige Personal- und Finanzplanung — die zukünftige Entwicklung auf dem Amtsräumsektor so transparent gestalten, daß mit geringstem Kostenaufwand eine Versorgung mit den erforderlichen Büroräumen gesichert wird.

Die Fahrleistung des Personenkraftwagenbetriebes betrug im Jahre 1975 1,073.500 Kilometer; sie erhöhte sich damit um rund 43.000 km gegenüber dem Vorjahr.



Der Staatspräsident der Vereinigten Arabischen Emirate, Scheich Zayed Bin Sultan Al Nahjan, besuchte das Wiener Rathaus, wo er von Bürgermeister Leopold Gratz begrüßt wurde

#### Magistratsdirektion

Der Ministerpräsident des Großherzogtums Luxemburg, Dr. Gaston Thorn, trägt sich in das Goldene Buch der Stadt Wien ein. Bürgermeister Leopold Gratz begrüßte den Gast





Den stellvertretenden Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets, M. J. Schumauskas, empfing Bürgermeister Leopold Gratz im roten Salon des Rathauses

#### Magistratsdirektion

Der Bürgermeister der peruanischen Hauptstadt Lima, Dr. Lizardo Alzamora, besuchte anlässlich einer Studienreise durch Europa auch das Wiener Rathaus, wo er von Bürgermeister Leopold Gratz empfangen wurde



Das Arbeitsgeschehen des Büros für die Organisation der automatischen Datenverarbeitung (BOD) war im Jahre 1975 vor allem von folgenden Faktoren geprägt:

Erweiterung und Vereinheitlichung der Hardware, um den steigenden Anforderungen der Verwaltung mit einem zukunftssicheren Maschinenpark gerecht werden zu können.

Straffung und Normierung der internen Organisation und der Arbeitsverfahren, um die Projektentwicklung noch transparenter und überschaubarer zu gestalten.

Weitere Konsolidierung und Verbesserung der Systemsoftware, wobei besonders die von BOD-Mitarbeitern erstellten Softwarepakete auf dem Datenbank- und Datenfernverarbeitungssektor sicherer und benutzerfreundlicher gemacht wurden.

Entscheidende Fortschritte in den Bereichen Finanzwesen, Bezugsverrechnung und Wählerevidenz. Von den wichtigsten der im Jahre 1975 bearbeiteten ADV-Projekte sind anzuführen:

**Haushaltslisten:** 1975 konnte die Nacherfassung der Daten der Personenstands- und Betriebsaufnahme fertiggestellt werden, so daß für das Vorbedrucken der Haushaltslisten 1976 die Datengrundlage vorliegt. Ebenso wurde die Zusammenführung der Daten aus den Haushaltslisten, aus der Wählerevidenz und aus den Standesämtern in eine Personendatenbank organisiert und programmiert, so daß für die Personenstands- und Betriebsaufnahme 1976 ein weitgehend aktueller Personendatenbestand zur Verfügung stehen wird. Im Rahmen dieses Projekts wurden im 4. Quartal 1975 die Vorbereitungsarbeiten für den auf Grund der Personenstands- und Betriebsaufnahme vorzunehmenden Druck der Lohnsteuerkarte begonnen.

**Wählerevidenz:** Die Umstellung und Neuorganisation der Wählerevidenz von BULL auf IBM-Anlagen konnten 1975 termingerecht abgeschlossen werden. Derzeit erfolgt die Führung der Wählerevidenz für 1,3 Millionen wahlberechtigte Wiener im Wege der Datenfernverarbeitung über zwölf Bildschirmgeräte, wodurch 20 Bedienstete eingespart werden können.

**Bezugsverrechnung:** Die Erstellung eines einheitlichen Programmpaketes für die acht Verrechnungsgruppen konnte 1975 so weit abgeschlossen werden, daß mit der schrittweisen Übernahme pro Verrechnungsgruppe begonnen werden konnte. Die Gruppe der Vertragsangestellten läuft ab Jänner 1976 schon über das neue System, die übrigen Gruppen sollen bis 1977 umgestellt werden. Es werden dann rund 80.000 Bedienstete, für die 1975 rund 9,713 Milliarden Schilling an Löhnen und Gehältern aufgewendet wurden, über die IBM-Anlage des BOD abgerechnet werden.

**Abgabenverrechnung:** Die Automation der amtlich zu bemessenden Abgaben wurde 1975 mit der Organisation der Parkometerabgabe und der Räumungsgebühr abgeschlossen. Die Selbstbemessungsabgaben konnten mit Ausnahme der Strafen ebenfalls auf die IBM-Anlagen übernommen werden (Getränke- und Gefrorenessteuer, Lohnsummensteuer, Dienstgeberabgabe). Für alle Steuern und Abgaben ist das Abrufen von Kontoauszügen (insgesamt 450.000 Konten) über Bildschirmterminals möglich, bei den Selbstbemessungsabgaben können auch Stammdatenänderungen über diese Terminals, die in den verschiedenen Stadtkassen stehen, vorgenommen werden.

**Räumliches Bezugssystem Wien:** Der Aufbau eines räumlichen Bezugssystems für Wien wird in zwei Richtungen vorangetrieben: Erstens konnte die koordinatenmäßige Erfassung der Baublöcke des gesamten Stadtgebietes in Angriff genommen und bis Jahresende zu etwa einem Drittel fertiggestellt werden. Zweitens wurde eine Datenbank mit allen Wiener Adressen aufgebaut, die laufend evident gehalten wird. Damit wird es ab 1977 erstmals möglich sein, adreßweise vorliegende Informationen zu beliebigen räumlichen Aggregationen zu verdichten und graphisch darzustellen.

**Bauverwaltung:** Im Rahmen des Wiener Integrierten Bauabrechnungssystems konnte 1975 die Ausschreibung mit standardisierter Leistungsbeschreibung für den Straßenbau realisiert werden. Das Projekt Angebotsprüfung und -auswertung wurde für weitere 30 Ausschreibungen aus dem Hochbausektor eingesetzt. Im Zuge der technischen Bestandsaufnahme und -fortführung sowie des Objektsentwurfs wurden 1975 die notwendigen Vorkehrungen getroffen, um die diesbezüglichen Programme auch über Terminals im Dialogverkehr durchführen zu können.

**Wohnungswesen:** Im Rahmen der Wohnbauförderung für Gemeindemietler konnte 1975 die Baukostenbeitragsverrechnung auf EDV übernommen werden. Ebenso werden die Berechnung und Überweisung der Wohnbeihilfe seit dem Vorjahr über die IBM-Anlagen des BOD abgewickelt.

**Mietenvorschreibung:** Im Jahre 1975 konnte der bargeldlose Mieteneinzug mittels der EDV schrittweise eingeführt werden. Die Vorarbeiten für die Mietenvorschreibung konnten so weit erledigt werden, daß für das Jahr 1976 die Übernahme der Mietenvorschreibung auf die IBM-Anlagen des BOD geplant ist.

**Rationalisierung der Magistratsabteilung für Stadtreinigung und Fuhrpark:** Das am Beispiel dieser Abteilung organisierte Systemmodell für betrieblich geführte Magistratsabteilungen konnte im Berichtsjahr besonders im Bereich der Materialwirtschaft und der

Auftragsabrechnung weiterentwickelt werden. Auf Grund der automatischen Lagerbestandsführung ist seit 1975 eine permanente Inventur ermöglicht und können Dispositionsunterlagen für das Bestellwesen (zum Beispiel ABC-Analysen) bereitgestellt werden.

**Graphische Datenverarbeitung:** Neben der koordinatenmäßigen Erfassung der Baublöcke konnte die Zeichensoftware für den automatischen Zeichentisch gemeinsam mit der Lieferfirma (Ferranti) so weit vorbereitet werden, daß im heurigen Jahr die automatische Herstellung der Wiener Stadtkarte in Angriff genommen werden kann.

Im Zuge des weiteren Ausbaues des Rechenzentrums wurde im November 1975 die Anlage IBM/370-155 durch eine leistungsfähigere IBM/370-158 ersetzt, so daß nun ein Duplexsystem 2×IBM/370-158 zur Verfügung steht. Der Hauptspeicher der beiden IBM-Anlagen wurde auf 4 Mio-Bytes ausgebaut. Es wurde auch der periphere Maschinenpark weiter aufgestockt, zum Beispiel durch die Anmietung eines Offline-Drucksystems sowie durch die Anschaffung einer Falt- und Kuvertiermaschine.

Bei der zur Zeit noch in Betrieb befindlichen Anlage BULL-GE 435 wurde aus Kostengründen das Mietverhältnis in einen Kauf umgewandelt.

Neben der maschinellen Aufstockung im Rechenzentrum wurden auch die Terminalapplikationen in den verschiedenen Magistratsabteilungen bedeutend erweitert. So konnte die Versorgung der Stadtkassen mit Bildschirmterminals durch die Installation eines Gerätes in der Stadtkasse 23 abgeschlossen werden. Herausragend war die Aufstellung von zwölf Bildschirmgeräten zur Führung der Wähler-evidenz.

Neben der weiteren Konsolidierung der im BOD hergestellten Systemsoftware (Datenbanksprache, TP-Abfragesprache) kann als bedeutendste Maßnahme der Umstieg auf das virtuelle Betriebssystem SVS auf den IBM-Anlagen berichtet werden.

Die Entwicklung des BOD-internen Steuerungs- und Organisationssystems (VINCOS) wurde durch die maschinelle Evidenthaltung aller an den IBM-Anlagen getesteten und durchgeführten Programme (Program Master) um eine wesentliche Komponente ergänzt.

1975 wurde auch die für eine Kostenermittlung des BOD notwendige Erfassung und Berechnung der Hardwarekosten pro Teilprojekt softwaremäßig vorbereitet und läuft seit November 1975.

Durch genaue schriftliche Dokumentation von Fehlern in der Hard- und Software der Lieferfirmen IBM und Ferranti konnte eine Kostenreduktion in Form von Mietengutschriften in der Gesamthöhe von 850.000 S erreicht werden.

Der Personalstand des BOD betrug am 31. Dezember 1975 207 Bedienstete, wovon auf Leitungs-, Verwaltungs- und Stabsstellen 29, auf die Projektentwicklung und -pflege 106 und auf das Rechenzentrum 85 Personen entfielen. Die Anzahl der externen Mitarbeiter konnte im Laufe des Jahres 1975 von 11 auf 6 reduziert werden.

Die Kostenrechnung des BOD wurde so weit vorbereitet, daß ab 1976 ein testweiser Einsatz ermöglicht wurde, der es erlaubt, pro EDV-Projekt die Personal-, Maschinen- und sonstigen Kosten für beliebige Zeitabschnitte gesondert auszuweisen.

Das organisatorische Vorgehen der BOD-Mitarbeiter wurde durch Einführung eines Organisations- und Dokumentationssystems (ORGWARE II der Firma ADV-Orga) vereinheitlicht und normiert. Die Ausbildung der Organisatoren und Programmierer ist zu etwa 80 Prozent abgeschlossen, und der Einsatz von ORGWARE II hat 1975 schon zu guten Resultaten in verschiedenen Projekten geführt.

Im Rechtsmittelbüro fielen im Jahr 1975 an: in Bausachen 722 Berufungen, 27 Devolutionsanträge, 33 Verwaltungsgerichtshofbeschwerden, 13 Verfassungsgerichtshofbeschwerden und 32 Stellungnahmen; in Strafsachen 512 Berufungen, 1 Verwaltungsgerichtshofbeschwerde, 5 Verfassungsgerichtshofbeschwerden und 6 Stellungnahmen; in sonstigen Rechtsmittelsachen (Abgaben, Kostenvorschreibungen, Konzessionsverleihungen usw.) 509 Berufungen, 14 Devolutionsanträge, 17 Verwaltungsgerichtshofbeschwerden, 2 Verfassungsgerichtshofbeschwerden und 6 Stellungnahmen. Erstinstanzliche Erledigungen, Teilnahme an Amtsbesprechungen, Berichterstattungen und Abgabe von Außenungen (zum Beispiel zu Gesetzentwürfen) betrafen 263 Rechtssachen; 8.235 Rechtsmittelentscheidungen und -akten anderer Dienststellen und deren Schriftsätze an die Gerichtshöfe des öffentlichen Rechtes waren zu überprüfen.

Von den im Jahr 1975 eingetretenen Veränderungen in der Gesetzgebung wirkten sich vor allem das Parkometergesetz, LGBl. für Wien Nr. 47/1974, und die auf Grund dieses Gesetzes erlassene Verordnung der Wiener Landesregierung vom 21. Jänner 1975, LGBl. für Wien Nr. 5/1975, über die Einführung des Zeitkartenparkometersystems auf die Tätigkeit des Rechtsmittelbüros aus, und zwar durch einen Mehranfall von Strafberufungen.

Im zweiten Bestandsjahr des über Auftrag des Herrn Bürgermeisters im April 1974 geschaffenen Büros für Sofortmaßnahmen liegt der Hauptaufgabenbereich zunächst nach wie vor darin, Wünschen, Anliegen und Beschwerden der Bevölkerung, die an die Stadtverwaltung herangetragen werden und die Zuständigkeit verschiedener Dienststellen betreffen, nachzugehen, zu überprüfen und möglichst einer positiven Erledigung zuzuführen.

Soweit in Zeitungsmeldungen oder in Berichten anderer Massenmedien die Stadt Wien betreffende Unzukömmlichkeiten aufgezeigt werden, obliegt es dieser Dienststelle, sie zu verfolgen und wenn möglich abzustellen. Gerade auf diesem Gebiet konnten beste Erfolge durch Intensivierung der Zusammenarbeit mit der Redaktion „Kurier hilft“, Schaffung einer Basis der Zusammenarbeit mit dem Ombudsmann der Kronen-Zeitung, Dr. Helmut Zilk, sowie dem Ombudsmann der Arbeiter-Zeitung, Christ, erzielt werden.

Da das Büro für Sofortmaßnahmen bei Agenden, die sich über den Bereich mehrerer Geschäftsgruppen erstrecken, richtunggebend und koordinierend wirken soll, steht es vielfach auch Mandatarien zur Beseitigung allfälliger auftretender Schwierigkeiten zur Verfügung. Das Büro untersteht weisungsgemäß dem Bürgermeister und dem Magistratsdirektor, in deren Auftrag Weisungen an alle städtischen Dienststellen ergehen können.

Im Jahre 1975 fielen insgesamt 715 Geschäftsstücke an und konnten 734 einer Erledigung zugeführt werden. Die Differenz erklärt sich aus der Aufarbeitung des Rückstandes des Jahres 1974 einerseits und der Behandlung von Mehrfachwünschen unter einem Aktenzeichen andererseits.

Bei insgesamt 84 verunreinigten und verwahrlosten Grundstücken beziehungsweise Flächen in Wien wurde auf Grund von Interventionen des Büros für Sofortmaßnahmen die Säuberung durchgeführt. Diese Tätigkeit muß deshalb hervorgehoben werden, weil es bisher den magistratischen Bezirksämtern nicht immer gelang, sanitäre Übelstände rasch abzustellen. Größtenteils wurde mit mehr oder minder erfolglosen Verwaltungsstrafen gegen die Eigentümer vorgegangen. Erst die verstärkte Anwendung des Bundesgesetzes vom 4. Februar 1925, betreffend die Verhütung übertragbarer Krankheiten durch das Überhandnehmen von Ratten, BGBl. Nr. 68/1925, und die nachfolgende Zwangsräumung im Wege der Ersatzvornahme brachten zumindest Teilerfolge.

Beim überwiegenden Teil der privaten Liegenschaftseigentümer genügten jedoch schon die bloße persönliche Androhung dieser Vorgangsweise und nachfolgende regelmäßige Kontrollen, um solche Übelstände abzustellen. Als besonders langwierig erwies sich die Beseitigung von Verunreinigungen auf Bundesliegenschaften, wobei die bisherige Erfahrung zeigte, daß oft ein persönliches Gespräch mehr Erfolg bringt als ein behördlicher Auftrag. Eine wesentliche Erleichterung auf diesem Gebiet wird voraussichtlich die Verordnung des Magistrats der Stadt Wien vom 10. Dezember 1975, betreffend die Reinhaltung von Verkehrsflächen und Privatgrundstücken, Zl. MA 62-1/336/75, bringen, die mit 1. Jänner 1976 in Kraft trat und an deren zeitgerechtem Inkrafttreten das Büro für Sofortmaßnahmen maßgeblichen Anteil hatte.

Abgesehen von dieser, im Zeichen des Umweltschutzes stehenden Tätigkeit, war das Büro für Sofortmaßnahmen jedoch hauptsächlich mit der Behandlung von Beschwerden, Anregungen usw. aus der Bevölkerung, von Mandatarien oder von Massenmedien befaßt. Auf diesem Gebiet konnten im Jahre 1975 insgesamt 650 Geschäftsfälle, die sich über den gesamten Aufgabenbereich des Magistrats erstrecken, einer Erledigung zugeführt werden, wobei die Einschreiter beziehungsweise Betroffenen auf die verschiedenste Art und Weise durch persönliches Gespräch, fernmündlich, schriftlich oder über Dritte (Presse usw.) von der Erledigung benachrichtigt wurden. Von diesen 650 Fällen konnten 462 oder 71 Prozent positiv, das heißt im Sinne des Anliegens, erledigt werden.

Im einzelnen sei hiebei besonders hervorgehoben:

Reorganisation und Ausweitung des Abschleppens verkehrsbeeinträchtigend abgestellter Kraftfahrzeuge in Wien; Errichtung der Wildbadeplätze Panozzalacke, Donau-Oder-Kanal Becken II und Donau-Oder-Kanal Becken III — Kottau gemeinsam mit dem Verein Wien-NÖ (Gemeinsame Erholungsräume); Pachtung des Baggerteiches in Süßenbrunn und Ausgestaltung zum Wildbadeplatz; Schaffung des FKK-Verbandes Wien-Donaustadt und Befriedung der FKK-Bewegung durch Verpachtung einer Teilfläche des zukünftigen FKK-Geländes Wien-Donaustadt; Vereinheitlichung der Verwaltung von städtischen Grundstücken in der Lobau; Koordinierung des Festwochenputzes 1975; Revitalisierung des Böhmisches Praters am Laaer Berg — Absiedlung des letzten Eremiten in Wien; Sanierung der ehemaligen Wienerberger Ziegeleigründe; Begrünung der Stadtbahnbögen mit selbstkletterndem wilden Wein; Intervention in der Angelegenheit Bauunternehmen Kallinger — Stadt Wien bei der Altstadtsanierung Jordangasse—Judenplatz; Beschleunigung der Straßenbahnlinie 49 im Rahmen des 2. Beschleunigungsprogramms für den öffentlichen Verkehr; Untersuchung gegen die Firma BIA im Zusammenhang mit der Verseuchung der Grundwasserbrunnen

der Lobau; Bestellung zum Koordinator aller Verhandlungen der Stadt Wien mit der ÖBB im Zusammenhang mit dem Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs in Wien.

Das Schwergewicht der Tätigkeit des Koordinationsbüros lag im Jahre 1975 in der Erfüllung von Koordinierungsaufgaben verschiedenster Art.

Der zur Verbesserung der Entscheidungsvorbereitung in wichtigen, die Interessen mehrerer Ressorts betreffenden Angelegenheiten bestellte Koordinationsausschuß sowie die von diesem eingesetzten Projektgruppen konnten die ihnen gestellten Aufgaben weitgehend lösen. Insgesamt wurden 23 Sitzungen des Koordinationsausschusses und seiner Projektgruppen abgehalten. Dem Koordinationsbüro oblag die geschäftsstellenmäßige Betreuung der Arbeiten.

In der Projektgruppe „Wohnbauprobleme“ wurde der gesamte Problembereich des Wohnens systematisch aufgerollt. Das Koordinationsbüro stellte als Ergebnis der Arbeiten in dieser Projektgruppe „Grundlagen zur Beurteilung der künftigen Aufgaben einer Wiener Wohnbaupolitik“ zusammen. In der Projektgruppe „Stadterneuerung und Bodenbeschaffung“ wurden Vorschläge für die Anwendung des Bodenbeschaffungs- und Stadterneuerungsgesetzes in Wien erarbeitet sowie die magistratsinternen Arbeitsabläufe im Zusammenhang mit der Vollziehung der beiden Gesetze festgelegt. Die Projektgruppe befaßte sich weiters auch mit der organisatorischen Erfassung von Baulücken, bei denen gemäß § 41 b der Bauordnung für Wien vorgegangen werden kann. In der Projektgruppe „Mittelfristige Flächenbilanz“ wurden Kennzahlen für den mittelfristigen Flächenbedarf in Wien entwickelt. Die Projektgruppe „Stadterneuerungsgesellschaft“ befaßt sich mit den Problemen der Grundbeschaffung für die Stadterneuerung und Stadterweiterung. Die Projektgruppe „Mittelfristige Finanzplanung“ konnte ihre Aufgabe mit der Erstellung eines „Finanz- und Investitionsplanes 1976 bis 1980“ im wesentlichen abschließen. Die Projektgruppe „Park and Ride“ setzte ihre auf eine praktische Verwirklichung von Park and Ride-Standorten gerichtete Tätigkeit fort. Die Projektgruppe „Energiekonzept“ konnte ihre Arbeit mit der Erstellung eines Energiekonzepts abschließen.

Auf dem Gebiet der Koordinierung der Grundlagenforschung wurden die Erstellung eines mittelfristigen Forschungsprogramms sowie eines Jahresforschungsprogramms für 1976 in Angriff genommen und eine Forschungsevidenz aufgebaut. Über die Ergebnisse von Forschungsarbeiten wurden vom Koordinationsbüro Informationen weitergeleitet. Insgesamt wurden im Jahre 1975 in 143 Fällen Kurzberichte über die Ergebnisse von Forschungsarbeiten an interessierte Dienststellen weitergeleitet.

Die systematische Erfassung von Dienstreiseberichten, deren Auswertung sowie die Weitergabe von interessanten Mitteilungen an Dienststellen des Magistrats wurde fortgesetzt. 1975 wurden im Koordinationsbüro insgesamt 307 Dienstreiseberichte ausgewertet. 132 Dienststellen wurden von interessanten Dienstreiseergebnissen unterrichtet. Das Koordinationsbüro erstellte im Jahre 1975 eine Übersicht über sämtliche im Jahr 1974 im Bereich der Stadt Wien verfaßte Dienstreiseberichte.

Ein weiteres Schwergewicht der Tätigkeit des Koordinationsbüros im Jahre 1975 bestand in der Sammlung von Entscheidungsgrundlagen, in der Erstellung von Sachgebietsübersichten sowie von Informationen für die Entscheidungsträger im Zusammenhang mit wichtigen anstehenden kommunalen Problemen.

Das Koordinationsbüro betreute im Berichtsjahr weiters einige Forschungsarbeiten und führte die „Wohnbauerhebung 1975“ durch.

Der Personaleinsatz führte am 31. Dezember 1975 die Dienstaufsicht über 1.952 Fachbeamte des Verwaltungsdienstes, 3.034 Kanzleibeamte, 22 jugendliche Stenotypisten, 359 Erzieher, 403 Fürsorger, 137 Bedienstete der ADV, 168 Büchereibedienstete, 505 Amtsgehilfen, 107 halbtägig Beschäftigte, 293 Sondervertragsbedienstete, Museumsaufseher, Heimaufseher, Facharbeiter, Kraftwagenlenker, Hilfskräfte und dergleichen, 871 Bürokaufmannslehrlinge, 29 Lehrlinge des technischen Dienstes, 58 Kanzleipraktikanten, zusammen also 7.938 Bedienstete.

In den Personalausgleichsstellen I und II wurden 501 Bedienstete geführt. Davon befanden sich 209 im Karenzurlaub aus Anlaß der Mutterschaft, und 10 leisteten den Präsenzdienst ab.

Im Jahre 1975 wurden in Ausübung der Dienstaufsicht 2.050 Bedienstete innerhalb der städtischen Dienststellen versetzt. Durch Pensionierung, Kündigung, Dienstesentzagung und Tod schieden 174 Fachbeamte des Verwaltungsdienstes, 205 Kanzleibedienstete, 52 Erzieher, 28 Fürsorger, 21 Büchereibedienstete, 59 Amtsgehilfen und 31 sonstige Bedienstete aus.

Im Jahre 1975 führte der Personaleinsatz 198 Revisionen durch beziehungsweise wirkte an den von der Amtsinspektion durchgeführten Überprüfungen mit.

Von der automatischen Textverarbeitung wurden 1975 neben den regelmäßig anfallenden Schreibarbeiten von verschiedenen Dienststellen Stoßarbeiten übernommen, wodurch auch kurzfristige Personalvermehrungen aufgefangen werden konnten.

1975 bewarben sich 120 Maturanten um Aufnahme als Fachbeamte des Verwaltungsdienstes. Die Aufnahmeprüfungen über die mindesterforderlichen Kenntnisse im Kanzleidiens t bestanden von 93 Bewerbern 64.

Zu den 21 Vorbereitungskursen für die Fachprüfungen wurden 452 Bedienstete eingeteilt. Von den zu den Fachprüfungen angetretenen Bediensteten haben 42 die Prüfung mit Auszeichnung bestanden und erhielten für das Prüfungsergebnis und für die sehr gute Dienstleistung eine außerordentliche Vorrückung um eine Gehaltsstufe zuerkannt.

Durch die Krankenkontrolle wurden 3.131 Krankmeldungen überprüft; bei 1.577 Bediensteten war ein Hausbesuch notwendig, und bei 1.172 mußte eine amtsärztliche Untersuchung veranlaßt werden.

Im Jahre 1975 haben sich 784 Jugendliche um eine Aufnahme als Bürokaufmannslehrlinge bei der Stadt Wien beworben. Davon sind 685 zur Aufnahmeprüfung angetreten. 349 haben diese Prüfung bestanden. 319 haben schließlich ihre Lehrausbildung bei der Stadt Wien begonnen.

Der Gesamtstand an Lehrlingen betrug am 31. Dezember 1975 insgesamt 900 Lehrlinge, davon 315 Bürokaufmannslehrlinge im 1. Lehrjahr, 297 Bürokaufmannslehrlinge im 2. Lehrjahr, 259 Bürokaufmannslehrlinge im 3. Lehrjahr und 29 Lehrlinge des technischen Dienstes.

Um Aufnahme als Praktikanten haben sich 1975 83 Jugendliche beworben. 54 traten zum Aufnahmetest an, und 30 wurden aufgenommen. Derzeit stehen 58 Praktikanten (Praktikanten 1974/75, Praktikanten 1975/76) in Ausbildung.

In der Zentralen Ausbildungsstelle für Bürokaufmannslehrlinge des ersten Lehrjahres wurden in 19 Turnussen zu je 14 Tagen insgesamt 273 Lehrlinge im Sinne der Vorschriften des Berufsausbildungsgesetzes unterwiesen und mit den Grundbegriffen der Kanzleiarbeiten sowie dem Aufbau des Magistrats vertraut gemacht. Sie hatten auch Gelegenheit, bei Exkursionen wichtige Arbeitsbereiche des Magistrats in der Praxis kennenzulernen.

Für die Bürokaufmannslehrlinge wurden von der Stadt Wien 1975 verschiedene Sportaktionen, wie Turnen, Schwimmen und Schilaufen, durchgeführt.

Die Lehrausbildung beendeten 254 Lehrlinge. Bei der Abschlußfeier überreichte der Amtsführende Stadtrat für Personalangelegenheiten und allgemeine Verwaltung gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten die Ehrengeschenke und Diplome. 39 Lehrlinge, die ihre Ausbildung mit ausgezeichnetem Erfolg abgeschlossen hatten, erhielten einen Vierfachdukaten. Die 63 Bediensteten mit sehr gutem Prüfungserfolg wurden mit zwei einfachen Dukaten ausgezeichnet; diesen und weiteren 98 wurden außerdem Buchgeschenke übergeben.

An einer Rundfahrt durch Wien und an der anschließenden Jause im Donauturmrestaurant nahmen am 16. September 1975 auf Einladung des Amtsführenden Stadtrats der Geschäftsgruppe I 76 Vorzugsschüler teil. Am 19. September 1975 gab Stadtrat Heller für 20 junge Kanzleibedienstete, die alle drei Berufsschulklassen mit Vorzug absolvierten, ein Mittagessen im Rathauskeller. Dazu waren auch 2 erfolgreiche Teilnehmer am Redewettbewerb der Liga der Vereinten Nationen eingeladen.

Von den 254 Lehrlingen, die im Jahre 1975 die Berufsausbildung beendeten, sind 187 bei der Kammer der gewerblichen Wirtschaft zur Kaufmannsgehilfenprüfung angetreten. 178 haben die Prüfung bestanden; davon 6 mit ausgezeichnetem Erfolg.

Bei dem jährlich für alle städtischen Bediensteten veranstalteten Steno- und Maschinschreibwettbewerb wurden 2.954 Arbeiten abgegeben; davon wurden 53 von der Stadtverwaltung mit Remunerationen in der Gesamthöhe von 31.000 S ausgezeichnet.

Durch Änderungen dienstrechtlicher Stellen einzelner Bediensteter, Versetzungen, Neuaufnahmen, Abgänge, Verehelichungen usw. mußten im Dienstpostenplan mehr als 50.000 Eintragungen und Vormerkungen vorgenommen werden.

Im Zuge der Reorganisation des Schlachthofes St. Marx mußten 52 städtische Bedienstete (Schlachthofgehilfen, Marktgehilfen, Aufseher, Heizer und Maschinisten) sowie ein Großteil der Markthelfer in anderen Bereichen des Magistrats untergebracht werden.

Wie bereits in den vergangenen Jahren, war der Personaleinsatz auch 1975 mit verschiedenen Sonderaktionen befaßt: Für die Nationalratswahl 1975, am 5. Oktober 1975, mußten 2.727 Sprengelwahlbehörden mit Wahlleitern, Wahlleiterstellvertretern und Ordnern besetzt werden. Von den gemeldeten 15.146 Bediensteten wurden 8.943 am Wahltag eingesetzt. Zur Erledigung von Vorbereitungsarbeiten für die Nationalratswahl 1975 wurden 165 Aushilfsbedienstete aufgenommen.

Für die Ausfertigung der Bestätigungen auf den Erklärungen für den Einleitungsantrag zur Unterstützung eines Volksbegehrens zu § 97 des Strafgesetzbuches ergab sich für die Zeit vom 24. Februar 1975 bis 31. März 1975 ein zusätzlicher Personalbedarf von 19 Aushilfsbediensteten.

Das Eintragungsverfahren wurde in der Zeit vom 24. November 1975 bis 1. Dezember 1975 vom Personal der magistratischen Bezirksämter gemeinsam mit insgesamt 71 städtischen Bediensteten, die den magistratischen Bezirksämtern zusätzlich zur Verfügung gestellt wurden, durchgeführt.

80 städtische Bedienstete wurden im Dezember 1975 für die agrarstatistische Erhebung (Weinernte, Weinvorräte, Lagerkapazität; Viehzählung; Hausschlachtungen von Stechvieh; Maschinen und Flächen in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) eingesetzt.

Das *Zentralexpedi*t beförderte 1975 8,858.507 Sendungen. Die hierfür von der Stadt Wien aufgewendeten Portospesen betragen 4,751.275 S. Die beiden Zustellwagen legten 1975 eine Gesamtstrecke von 36.000 Kilometern zurück. An der Amtstafel wurden 1975 1.466 Kundmachungen angeschlagen.

Das Stenographenbüro hatte im Jahre 1975 die Protokolle von 9 Sitzungen des Landtages, der insgesamt 5 Stunden und 15 Minuten tagte, sowie von 10 Sitzungen des Gemeinderates mit zusammen 97 Stunden 55 Minuten Dauer auszuarbeiten. Außerdem waren die stenographischen Protokolle von 45 Sitzungen der Wiener Landesregierung und des Wiener Stadtsenates in der Dauer von 44 Stunden und 15 Minuten zu erstellen.

Die im Jahre 1975 vom Stenographenbüro ausgearbeiteten Sitzungsprotokolle des Gemeinderates umfaßten 2.879 Seiten, diejenigen der Landesregierung und des Stadtsenates 1.855. Insgesamt hatte das Stenographenbüro somit von 64 Sitzungen in der Dauer von 147 Stunden und 25 Minuten stenographische Protokolle aufzunehmen und auf 4.734 Maschinschreibseiten zu übertragen.

Die nachstehende Aufstellung bietet einen Überblick über die schriftlichen Anträge, Anfragen und Anfragebeantwortungen, die vom Stenographenbüro in die Sitzungsprotokolle der Landtags- und Gemeinderatssitzungen aufzunehmen waren:

	Landtag		Gemeinderat	
	Anträge	Anfragen und Anfragebeant- wortungen	Anträge	Anfragen und Anfragebeant- wortungen
SPÖ	—	—	1	—
ÖVP	8	—	72	31
FPÖ	—	7	29	63
gemeinsam SPÖ und ÖVP	—	—	1	—
Zusammen	8	7	103	94